



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 9 - V - 3 6 - 0 0 1 3**
(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) V/36

Personalmehrbedarf im Umweltamt zur Durchführung von Fachgutachten bei neuen Bauleitplan- und Baugeheimigungsverfahren

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht		

Bestätigung Dezernent

Andreas Kowol

Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Axel Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: Stand Mai 2019:
-2.122.622,51 €
 in %: -6,3%

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2020	3 x Sachkosten Büroarbeitsplatz, 07 -12 / 2020	14.550 €	14.550 €		K'St 1100066	606350	Büroausstattung GWG
	x	2020	PK, 1 VZÄ E 10, 07 - 12/2020	36.375 €	36.375 €		K'St 1300159	630098	Personalaufwendungen D-Plan
	x	2020	PK, 1 VZÄ E 13, 07 - 12/2020	44.720 €	44.720 €		K'St 1300160	630098	Personalaufwendungen D-Plan
	x	2020	PK, 1 VZÄ E 12, 07 - 12/2020	43.595 €	43.595 €		K'St 1300235	630098	Personalaufwendungen D-Plan
	x	2021	3 x Sachkosten Büroarbeitsplatz	29.100 €	29.100 €		K'St 1100066	606350	Büroausstattung GWG
	x	ab 2021	PK, 1 VZÄ E 10	74.932 €	74.932 €		K'St 1300159	630098	Personalaufwendungen D-Plan
	x	ab 2021	PK, 1 VZÄ E 13	92.123 €	92.123 €		K'St 1300160	630098	Personalaufwendungen D-Plan
	x	ab 2021	PK, 1 VZÄ E 12	89.806 €	89.806 €		K'St 1300235	630098	Personalaufwendungen D-Plan
Summe einmalige Kosten:				425.201 €	425.201 €				

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Durch Bevölkerungswachstum und zunehmenden Wohnbedarf, sowie damit verbundene infrastrukturelle Maßnahmen entsteht ein erhöhter Planungsbedarf. Damit einher geht ein erhöhter Bedarf um Umweltgutachten, die frühzeitig Planungshinweise für eine unter Vorsorge- und Nachhaltigkeitsaspekten optimierte Bauleitplanung geben, fundierte, nachvollziehbare Fachgrundlagen für eine sachgerechte Abwägung der verschiedenen, nach dem Baugesetzbuch zu berücksichtigenden Belange liefern und dazu beitragen, rechtssichere Pläne zu entwickeln. Die steigende Zahl von Planverfahren gekoppelt mit dem Wunsch nach einer Beschleunigung ist im Umweltamt nur mit zusätzlichem Personal zu bewältigen.

Anlagen:

- 1 Stellenbeschreibung 3602 Immissionsschutz
- 2 Stellenbeschreibung 3604 Landschaftsplanung
- 3 Stellenbeschreibung 3606 Umweltberichte und Koordination

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass beim Umweltamt (V/36) in den Produktbereichen 3602 Luft/Lärm, 3604 Landschaftsplanung und 3606 Umweltprüfung und Koordination zusätzlicher und unbefristeter Personalbedarf von insgesamt 3 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) besteht.
2. Zur Bewältigung zusätzlicher Aufgaben in den Bereichen Bauleitplanung und Baugenehmigungsverfahren werden beim Umweltamt zum Stellenplan 2020/2021 drei Vollzeitplanstellen mit den Stellenwerten E 10 (Anlage 1), E 13 (Anlage 2) und E 12 (Anlage 3) geschaffen.
3. Durch die personellen Veränderungen entstehen Personal- und Arbeitsplatzkosten für das Jahr 2020 in Höhe von 139.240 Euro und ab 2021 in Höhe von jährlich 285.961 Euro (Gesamtkosten für die HH-Jahre 2020/2021 425.201 Euro) zzgl. Tarif- bzw. Besoldungserhöhungen. Die erforderlichen Mittel werden von V/36 auf den personalführenden Kostenstellen 1300159, 1300160 und 1300235 als Weiterer Bedarf im Haushalt 2020/2021 angemeldet.
4. Im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten ab 2018 ff. ist das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals von Dezernat V/36 ab 01.07.2020 um 3 VZÄ zu erhöhen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Sicherstellung der qualitätsvollen und fristgerechten Bearbeitung der Umweltbelange in Plan- und Genehmigungsverfahren; Beitrag zu rechtssicheren Bauleitplänen.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

/

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortsetzung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

/

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Die Berücksichtigung der Umweltbelange im Rahmen der Stadtentwicklung ist wichtiger denn je. Umweltprobleme wie lange Hitzeperioden und Dürreschäden, Unwetter und Starkregenereignisse, Lärm und Luftverschmutzung oder der Verlust der biologischen Vielfalt machen deutlich, dass Nachhaltigkeit und Umweltvorsorge in der Bauleitplanung frühzeitig beachtet und wirksame planerische Maßnahmen zur Vermeidung von Umweltschäden und Entwicklung einer qualitätsvollen Umwelt ergriffen werden müssen.

Der Gesetzgeber in Bund und Land hat dies erkannt und die gesetzlichen Vorschriften entsprechend verschärft.

Im Umweltamt der LH Wiesbaden sind alle umweltrelevanten Themen der Bauleitplanung gebündelt. Hier werden alle notwendigen Umweltdaten und -informationen ermittelt und in digitaler Form bereitgestellt, Fachgutachten und -expertisen erarbeitet und Planungsempfehlungen abgeleitet. Das Aufgabenspektrum umfasst:

- Immissionsschutzfachliche Beurteilung der Auswirkungen auf Luftqualität und Lärmschutz sowie Vergabe und Prüfung von Schallschutzgutachten;
- Umwelttechnische Untersuchung schadstoffbelasteter Böden (Altlastverdachtsflächen) und Bewertung hinsichtlich der Nutzungsverträglichkeit / des Sanierungsbedarfs (Kennzeichnungspflicht § 9 (5) BauGB);
- Fachgutachten für Natur und Landschaft, Erarbeitung von landschaftsplanerischen Fachbeiträgen/Grünordnungsplänen zur Integration und als Abwägungsmaterial für die Bauleitplanung (Kap. 2 § 11 Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG, § 6 Hess. Ausführungsgesetz zum BNatSchG - HAGBNatSchG);
- Artenschutzgutachten und Entwicklung / Umsetzung von Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen;
- Erstellen und Betreuung von Klimaexpertisen bzw. -gutachten (StVV-Beschluss Nr. 0069 vom 24.04.2012);
- Stellungnahmen zu wasserrechtlichen und -fachlichen Belangen, Vorsorge gegen Überflutung, Starkregenereignisse;
- Planerische Maßnahmen des vorsorgenden Bodenschutzes;
- Prüfung sämtlicher Umweltauswirkungen und ihrer Wechselwirkungen und Erstellen von Umweltberichten.

Es ist nicht nur eine stark wachsende Anzahl an Plan- und Genehmigungsverfahren wie die Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbegebiete (bspw. Ostfeld / Kalkofen, WISEK-Impulsräume), Verdichtungsgebiete (bspw. Schelmengraben), Stadtumbaugebiete (bspw. Wiesbadener Straße), soziale Stadtgebiete, Luftreinhalteplanung, Lärmaktionsplanung, Verkehrsentwicklungsplanung, Infrastrukturmaßnahmen, immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren etc. zu verzeichnen. Auch die öffentliche Aufmerksamkeit für Umweltthemen und der Bedarf an Information und Beratung sowie die rechtlichen Anforderungen an Umfang und Intensität der Prüf- und Berichtspflichten sind gestiegen.

Mit den im Umweltamt vorhandenen personellen Ressourcen sind die Aufgaben nicht mehr in der gebotenen, fachlichen Qualität und innerhalb der vorgegeben Fristen leistbar. Bereits heute sind die Grenzen der Belastbarkeit erreicht bzw. überschritten.

Zur Aufgabenbewältigung werden 3 Vollzeitplanstellen

E10 im Fachbereich Lärm und Luft (Anlage 1)
E13 im Fachbereich Landschaftsplanung (Anlage 2)
E12 im Fachbereich Umweltweltprüfung- und berichte, Umweltkoordination (Anlage 3)

dringend benötigt.

Gemäß Schreiben des Oberbürgermeisters vom 06.09.2017 sind hinsichtlich des quantitativen und qualitativen Personalbedarfs dem Personal- und Organisationsamt die nachfolgenden Unterlagen mit dieser Sitzungsvorlagen einzureichen:

- **Stellenbeschreibungen (zwecks Stellenbewertung und zur Prüfung der Abgrenzung zu anderen Aufgabenbereichen)**

Die Stellenbeschreibungen für die beantragten zusätzlichen Stellen sind als Anlage beigefügt.

- **Aufgabenentwicklung, z. B. Zeitreihen zu Fallzahlen und Arbeitsmengen, Personalbestand (Zeitreihe analog Aufgabenentwicklung/Basis: LOGA), interkommunale Vergleiche/Kennzahlen**

Da es sich um Aufgaben handelt, die bislang bereits im Organisationsplan von V/36 abgebildet waren, handelt es sich um Mehrmengen.

Die wachsende Zahl von Planungsvorgaben aufgrund neuer Großprojekte lässt die Bewältigung der Aufgaben mit dem bestehenden Personalbestand nicht zu.

Stand Januar 2019 wurden amtsweit insgesamt 5.235 Mehrarbeitsstunden geleistet, das entspricht 2,69 VZÄ. Die Mitarbeitenden sind somit bereits an ihrer Belastungsgrenze angelangt bzw. zu über 100 % ausgelastet.

Die Personalbedarfsberechnungen der neuen Aufgaben ergeben pro Stelle im Jahr ein Stundenkontingent von ca. 1.530-1550 Stunden; dies entspricht 1 VZÄ pro zusätzlicher Stelle. Die Aufgaben bestehen auf Dauer, d. h. es handelt sich um einen unbefristeten Personalbedarf bei V/36.

Da die Umweltämter von vergleichbaren deutschen Großstädten sehr unterschiedlich in Aufbau und Struktur sind, gibt es keinerlei interkommunale Vergleiche oder Kennzahlen für die Personalbedarfsermittlung der o. g. neuen Aufgaben.

Ein Benchmarking ist im Umweltbereich nicht möglich; die städtischen Aufgaben in diesem Bereich werden größtenteils durch politische Beschlüsse vorgegeben und zählen zu den Aufgaben im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge.

Im Amt 36 und im Dezernat V stehen keinen freien Stellen zur Verfügung, bzw. sind verfügbare Stellen bereits für andere Bedarfe reserviert, sodass eine Stellenneuschaffung zwingend erforderlich ist.

- **Auswirkungen auf Arbeitsplatzbedarf/-gestaltung**

Es handelt sich um die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, die Sachkosten können der Seite 2 dieser Sitzungsvorlage entnommen werden. Für diese neuen zusätzlichen Arbeitsplätze werden Büroräume am Standort Gustav-Stresemann-Ring 15 gesucht. Der Raumbedarf wird an 110320 gemeldet.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Alternativen der Aufgabenverlagerung, geänderte Prioritätensetzung, Einholen externer Expertisen sind bereits ausgeschöpft.

Wiesbaden, 18. Juli 2019

Andreas Kowol
Stadtrat